

antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 58

Dezember 2007

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

So ist es auf den Mitgliedausweisen unserer Organisation, der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ an herausgehobener Stelle zu lesen. Dabei handelt es sich um einen Auszug aus dem „Schwur von Buchenwald“, den die Häftlinge des Konzentrationslagers, die sich selbst befreit hatten, am 19. April 1945 als Aufgabe und Verpflichtung für die Zukunft am Grab ihrer Kameraden geschworen hatten.

Dass dieser Schwur als politische Forderung auch 63 Jahre später an Aktualität nichts eingebüßt haben würde, hätten sich die ehemaligen Häftlinge wohl kaum träumen lassen.

Und doch ist es so:

Auch im gerade abgelaufenen Jahr 2007 erhoben die Faschisten aus NPD und ihrem Umfeld immer wieder ihr freches Haupt. So zeigten sie z.B. in Neumünster und Lübeck, im Kreis Dithmarschen, Nordfriesland und Rieseby Präsenz in Demonstrationen und anderen öffentlichen Aktivitäten. Wie eh und je versuchten und versuchen sie, aus Arbeitslosigkeit und der Not von Millionen Menschen Kapital zu schlagen. Längst sind sie zumindest mit ihren Parolen bis in die Mitte unserer Gesellschaft vorgedrungen.

Aber es gibt auch – wie Lübeck, Neumünster und vor allem auch Rieseby zeigen – eine Gegenbewegung! Viele Antifaschistinnen und Antifaschisten lassen sich die frechen Provokationen der Nazis



nicht mehr widerstandslos gefallen. Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Grundvorstellungen beginnen sich zu wehren.

Auch unsere Organisation hat bundesweit wie auch in unserem Schleswig-Holstein Flagge gezeigt. Mit der überaus erfolgreichen VVN-Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“ ist es uns nicht nur gelungen, über 170.000 Unterstützungs-Unterschriften zu sammeln. Wichtiger noch: Es ist uns und den vielen Mitstreitern aus allen Schichten der Bevölkerung gelungen, Einfluss auf die politische Meinungsbildung und den Diskussionsprozess zum NPD-Verbot zu nehmen, wie die Diskussion und erste Beschlüsse in der SPD und großen Einzelgewerkschaften wie IG-Metall und Verdi zeigen.

Darüber freuen wir uns sehr,

aber wir wissen: Das alles ist erst ein Anfang!

Auch im Jahr 2008 werden wir die antifaschistische Gegenwehr verstärken müssen. Es wird darum gehen, die soziale Demagogie der alten und neuen Nazis zu entlarven. Die Verstrickung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Konflikte, insbesondere in den Afghanistan-Krieg wird immer deutlicher. Deutschland ist eine kriegsführende Macht

geworden. Dagegen müssen wir uns wehren!

Der Antifaschismus – das zeigt der Schwur von Buchenwald – ist mehr als eine Gegenbewegung! Der Schwur von Buchenwald ist auch für das Jahr 2008 eine Verpflichtung zum Handeln!

Ein Anti, das eine kompromisslose Gegnerschaft zu allen alten und neuen Formen und Wurzeln des Faschismus verdeutlicht, aber auch ein Pro, das eine Zielvorstellung an eine neue, andere Gesellschaft hervorhebt: eine neue Welt des Friedens und der Freiheit.

Allen Kameradinnen und Kameraden, allen Mitstreitern im Sinne des Schwurs von Buchenwald ein gesundes neues Jahr 2008.

VVN-BdA Landesvorstand Schleswig-Holstein, Hartmut Büchsel

Kommentar

Innenminister auf gefährlichem Kurs

Nein, die herrschenden politischen Parteien wollen die NPD nicht verbieten. Das hat die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern in ihrer Dezembertagung in Berlin kundgetan. Wer noch nach Gründen suchte, warum Bundestagspräsident Lammert (CDU) sich weigerte, die von der VVN-BdA gesammelten 175.000 Unterschriften für ein NPD-Verbot entgegenzunehmen, jetzt hat er sie gefunden.

Die Innenminister weigerten sich, der Forderung nachzukommen, die Verfassungsschutzagenten aus den Gremien der NPD zurückzuziehen, damit ein erneuter Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht Erfolg haben kann.

Stattdessen erklärten die Innenminister ihren Willen, die NPD finanziell auszutrocknen, indem man NPD nahen Stiftungen die Gemeinnützigkeit entzieht und Spenden damit steuerlich nicht mehr abzugsfähig geltend gemacht werden können.

Das bedeutet: Die NPD kann ihre

grundgesetzfeindliche, undemokratische, menschenverachtende Ideologie weiter öffentlich verbreiten und dafür wie bisher den Schutz von Justiz und Polizei in Anspruch nehmen. Über die Drohung der Innenminister kann die NPD nur müde lächeln. Erst einmal müsste für die NPD-Nähe einer Stiftung der Beweis erbracht werden. Und das wird kaum gelingen, solange Stiftungen und rechte „Denkfabriken“ sogar von Ministerpräsidenten unterstützt werden, wie sich im Fall Oettinger gezeigt hat oder Bundesminister zu den Autoren der „Jungen Freiheit“ gehören. Außerdem sorgen Wahlkampfgepler dafür, dass beträchtliche Mittel in die Kassen der Nazi-Partei gespült werden, und diese wird ihnen aus juristischen Gründen niemand streitig machen.

Dass dieser Beschluss der Innenministerkonferenz auch noch einen Pferdefuß haben kann, geht aus der Äußerung des hessischen Innenministers Volker Bouffier (CDU) hervor, dass auch „Linksextremisten“ oder „auslän-

dischen Extremisten“ die Förderung entzogen werden müsste. Bouffier unterstreicht: man braucht die NPD im Kampf gegen Links.

Die NPD kann also in Ruhe den Einzug in die nächsten Landtage vorbereiten. Nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ist Schleswig-Holstein das nächste Ziel. Möglicherweise

schon im kommenden Jahr, sollte die Große Koalition in Kiel tatsächlich scheitern, wofür es viele Hinweise gibt.

Erfreulich, dass sich auf Landesebene ein breites Bündnis gegen Rechts gegründet hat, z.B. in den Kreisen Pinneberg und Steinburg Bündnisse unter dem Motto „Keine Nazis in die Parlamente“. Diese Bündnisse haben durch die erfolgreiche Unterschriftensammlung für ein NPD-Verbot zweifellos Auftrieb bekommen. In diesem Sinne den außerparlamentarischen Druck zu verstärken, um nicht auch noch im schleswig-holsteinischen Landtag Nazireden ertragen zu müssen, ist politisches Gebot.

Günther Wilke

Antifaschistischer Ratschlag Schleswig-Holstein

Am 17. November fand in Neumünster auf Einladung der VVN/BdA ein „Antifaschistischer Ratschlag“ statt. 29 Personen fanden sich zu dieser Beratung über Inhalte antifaschistischer Arbeit, dringende Aufgaben und mögliche gemeinsame Projekte im Gewerkschaftsraum ein. Es waren hauptsächlich Mitglieder von VVN/BdA-Gruppen aus verschiedenen Städten und Gemeinden, die aber von vielfältiger Bündnisarbeit vor Ort berichten konnten bzw. selbst SprecherInnen solcher Bündnisse sind. Als politische Parteien waren „Die Linke“ und die DKP vertreten, an Gewerkschaften die IGM Metall, ver.di, GEW und der DGB Neumünster mit Mitgliedern bzw. VertreterInnen beteiligt. Neben dem Erfahrungsaustausch durch Berichte aus den vertretenen Orten, in dem Probleme der Bündnisarbeit und die jeweils gesetzten Arbeitsschwerpunkte zur Diskussion gestellt wurden, galt besonderes Interesse den bevorstehenden Kommunalwahlen und den Möglichkeiten der

dauerhaft besseren Vernetzung der antifaschistischen Aktivitäten in Schleswig-Holstein. Auch hier wurde deutlich, dass antifaschistischer Widerstand vom Kampf für eine Gesellschaft, in der sich das Leben der Menschen nicht an den Profitinteressen der Kapitalbesitzenden zu orientieren hat, nicht zu trennen ist; zumindest gehören der Widerstand gegen Sozialabbau und der Widerstand gegen Nazis zusammen. Ohne diese Verbindung ist der sozialen Demagogie der Nazis überhaupt nicht mehr zu begegnen.

Berichtet wurde auch, das in der Gewerkschaft ver.di bezogen auf die antifaschistische und antirassistische Politik ähnliche Bestrebung im Gange sind: Sowohl im Landesbezirk Nord (Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) als auch auf Bundesebene sind Arbeitskreise ins Leben gerufen worden, die die Beschlüsse des jüngsten Gewerkschaftstages mit Leben erfüllen, handhabbar machen und die Organisation entsprechend in Bewegung setzen sollen.

Wenn wir uns darüber klar sind, welche Gefahren vom Neofaschismus ausgehen, können wir Strategien entwickeln, um ihn zurückzudrängen. Im Jahre 2008 stehen einige 75. Jahrestage an, die wir z.B. für Veranstaltungen nutzen können: der 30. Januar 1933 (Machtübergabe an Hitler), der 2. Mai (Gewerkschaft) oder der 10. Mai (Bücherverbrennung). Hier wären auch gemeinsame Projekte möglich.

Für die kommenden Wahlen in Schleswig-Holstein gilt jedenfalls: Keine Zusammenarbeit mit Neofaschisten, keine gemeinsamen Veranstaltungen mit ihnen. Es darf ihnen kein Podium für ihre Propaganda geboten werden.

Der Informationsaustausch zwischen den im antifaschistischen, antirassistischen und im Friedenskampf engagierten Initiativen in Schleswig-Holstein soll ab sofort intensiviert werden. Ein Folgetreffen für den nächsten Ratschlag wurde für den 1. März 2008 vereinbart.

D.L.

Wechsel im Landesvorstand der VVN-BdA

Hartmut Büchsel löst Marianne Wilke im Vorsitz ab

Die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Schleswig-Holstein, die am 22. Oktober 2007 in Neumünster stattfand, brachte einen Wechsel an der Spitze der Landesorganisation. Da Marianne aus Altersgründen nicht wieder kandidierte, wurde Hartmut (60) einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Marianne Wilke (78), die 17 Jahre lang das Amt innehatte, wurde von den Delegierten ebenfalls einstimmig zu Stellvertreterin gewählt. Unter dem Beifall aller Anwesenden sagte Hartmut Büchsel: „Wir danken Marianne für die Bereitschaft, uns mit ihrer Erfahrung weiterhin zur Seite zu stehen. Die VVN-BdA, die in der Tradition von Verfolgung und Widerstand steht, hat in der Vergangenheit viel von den Älteren gelernt und sie möchte es auch weiterhin.“

Marianne Wilke ist Tochter eines jüdischen Vaters und einer nichtjüdischen Mutter. Viele ihrer Familienmitglieder, darunter ihre Großeltern, wurden von den Nazis ermordet. Der Vater überlebte das KZ Theresienstadt. Sie selbst durfte nach den Rassengesetzen keine weiterführende Schule besuchen, erlebte als so genannte Halbjüdin Diskriminierungen und totale Isolierung von der nichtjüdischen Außenwelt. Über diese bitteren Erfahrungen aus der Nazizeit hat sie geschrieben und vor allem jungen Menschen erzählt. In der VVN-BdA Schleswig-Holstein war sie unter dem verstorbenen Kommunisten Karl-Heinz Lorenzen aus Flensburg viele Jahre stellvertretende Landesvorsitzende. Als Karl-Heinz Lorenzen, der 11 Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nazis verbringen musste, aus gesundheitlichen Gründen vor 17 Jahren auf Wiederwahl verzichtete, wurde Marianne Wilke seine Nachfolgerin.

Mariannes Nachfolger im VVN-Landesvorsitz, Hartmut Büchsel, ist Lehrer in Kappeln. Er kommt aus der Friedensbewegung und gehört seit 1978 der VVN-BdA an. In den letzten beiden Jahren arbeitete er bereits im Geschäftsführenden Landesvorstand mit.

In den Geschäftsführenden Landesvorstand wurden wiedergewählt: Sieg-

fried Nieswandt (Norderstedt), Gesa Metzger (Wedel) und Rolf Burgardt (Nordstrand). Neu ins Gremium wurde Bernd Meimberg (Sierksfelde) gewählt. Ausgeschieden sind Christel Pieper (Kiel) und Ludwig Hecker (Flensburg), die jedoch weiter zum Landesvorstand gehören. Diesem Gremium gehört Manfred Fackel (Neumünster) aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an. Er wird sich ganz der VVN-BdA in Neumünster widmen, in der er eine anerkannte Persönlichkeit des antifaschistischen Bündnisses ist.

Die Landesdelegiertenkonferenz stand ganz im Zeichen der VVN-Kampagne für ein Verbot der NPD. Marianne Wilke berichtete, dass bis zum 9. September bereits mehr als 100.000

Personen der Forderung nach einem NPD-Verbot Nachdruck verliehen hätten, eine Zahl, die erst für den 9. November als Ziel genannt war. (Am Ende wurden es 175.000, d. Red.) Schon bei der Gewinnung von Erstunterzeich-

nern sei auch in Schleswig-Holstein die Erfahrung gemacht worden, dass es eine große Bereitschaft gibt, sich hinter die Forderungen der VVN-BdA zu stellen. Marianne Wilke: „Die VVN-Initiative hat sichtbar gemacht, dass das antifaschistische Spektrum breiter ist, als es selbst Optimisten vermutet haben und dass die Schaffung konkreter Bündnisse im Kampf gegen Neofaschismus überall vorhanden sind.“ Diese Bündnisse hätten ihre Wirksamkeit auf vielfältige Weise unter Beweis gestellt, zum Beispiel bei den Protestaktionen gegen Aufmärsche von Neonazis, aber auch in den vielen örtlichen Initiativen für die Niederlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an die Opfer des NS-Regimes.“

Ein Hauptaugenmerk richtete Marianne Wilke auf die im Mai kommenden Jahres in Schleswig-Holstein stattfindenden Kreistags- und Gemeinderatswahlen, wo es gelte, alles zu tun, um den Nazis den Einzug in die Parlamente zu verlegen.

Trauer um Jan Woelk

Im Alter von 95 Jahren ist unser langjähriges Landesvorstandsmitglied Johann Woelk aus Lägerdorf verstorben. In Marienburg geboren und bei Pflegeeltern in Hamburg aufgewachsen, kam er schon als junger Mann über die Sozialistische Arbeiterjugend zum Kommunistischen Jugendverband KJVD. Als den Nazis die Macht übertragen wurde, arbeitete er zusammen mit seiner späteren Ehefrau Liddy illegal weiter. Im Juni 1935 wurde er in Rostock, wo er bei den Heinkel-Werken als Monteur tätig war, verhaftet und in das KZ Fuhlsbüttel gebracht. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat durch Fortsetzung der politischen Arbeit für den KJVD wurde er 1936 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die er in Wolfenbüttel verbüßte.

Nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus fand er in Rethwisch (Kreis Steinburg) seine Frau wieder. Er trat er KPD bei und gehörte mit seiner Frau Liddy zu den Mitbegründern der VVN-Bund der Antifaschisten in Schleswig-Holstein. In Rethwisch bei Lägerdorf im Kreis Steinburg war er später in der Zementfabrik beschäftigt. Die Kollegen wählten ihn in den Betriebsrat, außerdem gehörte er für die KPD den Gemeindevertretungen von Rethwisch und Lägerdorf an.



Jahrzehnte lang organisierte er für die VVN in Lägerdorf alljährlich zum 8. Mai antifaschistische Gedenkveranstaltungen, die in der Öffentlichkeit stets eine große Resonanz fanden. Dafür hat ihn vor 20 Jahren die Gemeinde mit einer Urkunde und einem Ehrenteller ausgezeichnet, die ihm vom Bürgermeister Lägerdorfs feierlich überreicht wurden.

Seine letzten Lebensjahre verbrachte er in einem Pflegeheim in Ostholstein.

Die VVN-BdA in Schleswig-Holstein verliert mit „Jan“ einen ihrer letzten Zeitzeugen. Bis zu seinem Tode war er ein Beispiel für Treue zu den Idealen der organisierten Arbeiterbewegung und ein leidenschaftlicher Mahner gegen Faschismus und Krieg.

G.W.

Ein Dorf zeigt Mut

Aktivitäten von Neonazis, insbesondere aus Freien Kameradschaften und NPD im ländlichen Raum nehmen zu. Seit dem Sommer 2005 wurden Neonaziaktivitäten im schleswig-holsteinischen Dorf Rieseby publik. Jugendliche werden von den Nazis angesprochen, sollen für die faschistische Ideologie begeistert werden. Was zunächst als Naziaktivitäten an der dortigen Schule begann, hat bald den rein lokalen Rahmen gesprengt. NPD und Freie Kameradschaften aus ganz Schleswig-Holstein versuchen in das Dorf hineinzuwirken. In der

Umgebung haben bekannte Nazis (Jürgen Rieger, Dieter Kern) Häuser erworben. Gegen das massive Auftreten der NPD im Dorf hat sich eine Bürgerinitiative „Wir gegen Rechtsextremismus“ und eine Antifa-Jugend gebildet.

Um sich über die in Rieseby entstandene Situation zu informieren, an diesem Beispiel die aktuelle Strategie faschistischer Organisationen zu erläutern und gemeinsam mit Menschen aus Rieseby Möglichkeiten gegenseitiger

Unterstützung sowie der Ausdehnung des antifaschistischen Widerstands und offensiver antifaschistischer Arbeit zu erörtern, trafen sich am 16. November etwa 90 Menschen in der Kieler „Pumpe“. Vor der Aussprache gab es dort die Gelegenheit, im Kommunalen Kino den NDR-Film „ein Dorf zeigt Mut“ zu sehen.

Auf Einladung der Veranstalter – Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel und Kommunales Kino – nahmen auf dem Podium in der Galerie die Lehrerin Gabriele Behring von der genannten Schule aus Rieseby, gleichzeitig Vertreterin des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus, Nils von der Kampagne „Antifaschistisch lebt sich's besser“, der Landesvorsitzende der VVN/BdA Hartmut Büchsel und der Mit-Autor des NDR-Films Stefan Schölermann sowie Axel Hoffmann vom Runden Tisch als Moderator Platz. Das ebenfalls eingeladene Innenministerium hielt die Entsendung einer Vertreterin oder eines Vertreters für unnötig.

Hervorgehoben wurde, dass es in Rieseby wie auch in ähnlichen Gemeinden nicht nur in der Nachbarschaft bereits seit vielen Jahren faschistische Umtriebe gibt. Den für faschi-

stische Ideologie anfälligen Jugendlichen müssen die Grenzen ihres Treibens klar und gegebenenfalls auch repressiv deutlich gemacht werden. Dabei darf es allerdings nicht bleiben. Die Bedürfnisse gerade sozial schlecht gestellter Jugendliche müssen ernst genommen werden, auch darum wird sich der Arbeitskreis kümmern, wobei die Lösung durch politische und finanziell abgesicherte Maßnahmen gefunden werden muss. Im übrigen wurde deutlich, dass antifaschistische Arbeit und Widerstand gegen die zunehmend unsoziale Politik der Regierungen untrennbar zusammengehören, dass man in diesem Zusammenhang Erwachsene wie Jugendliche nicht zum Stillhalten auffordern, sondern zum Aufbegehren ermutigen muss – gegen die wahren Verursacher und gesellschaftlichen Gründe ihrer Probleme und eventuelle erlebter Perspektivlosigkeit.

Der vorherrschende Eindruck nach der Veranstaltung war: Sie hat Menschen mit unterschiedlicher Motivation zu antifaschistischer Arbeit einander näher gebracht, sie hat Mut gemacht und lässt eine bessere Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in der Zukunft möglich erscheinen. *D.L.*

Gedenktafel „Rotsteinhaus“ in Quickborn eingeweiht

Die Initiative „Selbstbewusstes Quickborn“ hat seit ihrer Gründung im Jahre 2001 eine bemerkenswerte Entwicklung genommen. Eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Aufarbeitung des Kriegsgefangenenlagers im Himmelmoor auseinandersetzte, erarbeitete eine Dokumentation, die 2005 unter dem Titel „Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 1416“ erschien und große Beachtung fand. In ihrem Nachwort hieß es: „Diese Arbeit soll auch darauf hinwirken, dass das Gebäude, die Unterkunft der ehemaligen jüdischen Kriegsgefangenen des Arbeitskommandos 1416 mit allen noch vorhandenen Gegenständen als Gedenkstätte eingerichtet und erhalten wird.“

Jetzt, Ende November 2007, konnte eine Gedenktafel im Himmelmoor eingeweiht werden.

Manfred Maier von der Initiative erläuterte, dass in diesem Haus, im ehemaligen Gefängnis, ausschließlich jüdische Gefangene untergebracht wur-



den, die laut Anordnung von den anderen Gefangenen aus Frankreich oder Belgien getrennt inhaftiert werden mussten. Er betonte: „Wir wollen verhindern, dass sich dieser Teil unserer Geschichte so oder ähnlich wiederholt. Die Erinnerung an die jüdischen Kriegsgefangenen lebt im Himmelmoor – im Rotsteinhaus.“

Die Gedenktafel ist das Ergebnis einer dreijährigen Forschungsarbeit. Da sie auf einem privaten Grundstück steht, ist der Besuch laut „Heimatspiegel“ nur mit vorheriger Absprache möglich.

Auf einem Stadtrundgang, den die Initiative Anfang Dezember anbot, wurden auch die Mahnmale auf dem Quickborner Friedhof aufgesucht. Hier liegen 15 Grabplatten für russische Kriegsgefangene, die im zweiten Weltkrieg nach Quickborn verschleppt wurden und 1941/42 verstarben. Eindrucksvoll sind auch die drei Stelen für die in Quickborn ermordeten polnischen Zwangsarbeiter, die der Künstler Ingo Warnke 1995 errichtete.

Wir wünschen der Initiative „Selbstbewusstes Quickborn“ weiterhin viel Erfolg. *Marianne Wilke*

„Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung“! Für eine bessere Welt! Für Demokratie, gerechten Frieden, solidarische Humanität und soziale Gerechtigkeit!

Lorenz referierte auf Einladung der VVN-BdA am 9.11. in Lübeck und am 10.11.2007 in Neumünster. Er schrieb für die „ar“ diesen Artikel.

Wird nach Zielen, Identität und Aufgaben der VVN/BdA gefragt, bezieht man sich meist auf den Schwur von Buchenwald. Die selbst befreiten Häftlinge verkündeten, dass der Nazismus mit seinen Wurzeln auszurotten und eine Welt des Friedens und der Freiheit herzustellen sei. Das war im April 1945.

Es gab jedoch eine Vorgeschichte für das Leiden und für die Antriebskräfte der KZler und anderer Widerständler gegen die Barbarei der Faschisten. Der Schwur war nicht nur eine Reaktion auf die Qualen und Demütigungen im KZ. Die Geschichte des Antifaschismus mit seinen prägenden politischen Kampfzielen beginnt früher: 1923, damals noch nicht mit jenem Kraftaufwand wie kurz vor 1933. Bekanntlich putschte Hitler mit seinen braunen Bataillonen am 9.11.1923 gegen die Weimarer Republik. Ihr Sturz war das Ziel. Die Verteidigung von Demokratie und Selbstentfaltung der Menschen gehörte von Anfang an zu den Aufgaben der Antifaschisten.

Der 9.11. wurde jedoch nicht zufällig als Putschdatum gewählt. Es war eine symbolische Reaktion auf den 9.11.1918! An diesem Tag erklärte Scheidemann für die Mehrheits-SPD die Republik bzw. Demokratie, während Karl Liebknecht für die revolutionären Arbeiter und Soldaten die sozialistische Demokratie verkündete. Scheidemanns Konzept beinhaltete die Kooperation mit des Kaisers wirtschaftlichen Helfern und mit des Kaisers Generalität zur Niederwerfung der revolutionären Kräfte. Es endete 1933 mit dem Rückfall in die Barbarei! Liebknecht knüpfte an die Programme der revolutionären Sozialdemokratie an, was die Sozialisierung der Großwirtschaft und die Selbstverwaltung der Arbeiter beinhaltete.

In der Weimarer Republik hörte man zwar seitens der Arbeiter: „Demokratie, das ist nicht viel; Sozialismus bleibt das Ziel!“. Man unterschätzte jedoch die bürgerlich-parlamentarische De-

mokratie als Kampfplatz für den sozialen Fortschritt hin zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Im Faschismus ist das nicht mehr möglich!

Hitlers Kompagnon beim Putsch vom 9.11.1923 war der preußisch-deutsche General Ludendorff. Er war als Gegner eines Friedens im Ersten Weltkrieg bekannt. Sein Konzept vom „Totalen Krieg“, das er später in einem Buch vorstellte, trachtete Hitler zu ver-



wirklichen. In diesem Plan degeneriert - der Friede auf eine Vorbereitungszeit für Krieg! Alle menschlichen und materiellen Ressourcen des Volkes sollten ständig auf Raubkrieg konzentriert werden.. Dazu wollte man die „seelische Geschlossenheit des Volkes“, d.h. alle Gegner sind auszumerzen! Diktatur!

Diese Planung und Praxis war nur mit äußerster Brutalität zu realisieren. Neben dem Schwerpunkt „Demokratie“ galt nun auch ein „gerechter Friede“ (der die Keime kommenden Konflikte nicht in sich schloss)

und „solidarische Humanität“ als produktive Alternative zum faschistischen Plan ab. Weil die Nazis in relativ soliden Zeiten der Weimarer Republik unbedeutend klein blieben und erst in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei Massenarbeitslosigkeit und Verelendung zur Massenpartei und einem Partner von Kapitalherren und Generalität aufstiegen, kam später „soziale Gerechtigkeit“ als Antifa-Lösung dazu: mit dieser sollte man den gesellschaftlichen Nährboden der Faschisten austrocknen. Sie wachsen und gedeihen nur in Notzeiten! Damit waren die vier Identitäts-Merkmale des Antifaschismus fixiert.

Die weitere Entwicklung ist bekannt.

Folter, Terror und Mord im Inneren ab 30.1.1933 setzten sich ab 1.9.1939 nach außen mit Raub- und Vernichtungskriegen fort. Die totale Niederlage nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition ermöglichte einen Neuanfang der Deutschen.

60 Jahre danach stellt man mit Entsetzen fest, dass die soziale Misere den Neofaschismus begünstigt. Ebenso die Militarisierung der Gesellschaft. 100

Tote in wenigen Jahren, nur weil Menschen eine andere Hautfarbe haben. Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Antifa-Gedenkstätten! Genehmigungen des höchsten Gerichtes für provokative Aufmärsche der Neonazis - obwohl sie verboten sein müssten, nähme man das Grundgesetz der BRD ernst! Und verzichtete man auf „militärische Interventionen, die ebenfalls völkerrechts- und verfassungswidrig sind!

Da sind die vier Identitäts-Merkmale der Antifaschisten erneut dringend zu realisieren. Da ist aus der deutschen Geschichte zu lernen! Der Schoß ist fruchtbar noch! Aber die Akteure für „Eine andere Welt ist möglich!“ vernetzen sich global und sie wachsen!

**Für eine bessere Welt!
Für Demokratie, gerechten Frieden,
solidarische Humanität und soziale
Gerechtigkeit!**

Lorenz Knorr

Die Veranstaltungen waren gut besucht. In Lübeck nehmen seitdem mehr BesucherInnen an unserem Gruppenabend teil.

Strafverfolgung von NS-Tätern mangelhaft

Das Simon-Wiesenthal-Center in Jerusalem hat die Strafverfolgung von Nazi-Verbrechern in Deutschland erstmals als mangelhaft bewertet. Vom 1. April 2006 bis zum 31. März 2007 seien keine anklagen oder Verurteilungen erreicht worden. „Deutschlands Versagen“ auf dem Gebiet der Verfolgung von NS-Tätern im vergangenen Jahr sei „eine der größten Enttäuschungen für den Untersuchungszeitraum“. (Abendblatt 4.9.2007)

Auslandseinsätze beenden!

Gegen Militarisierung im Innern!

Seit dem September 2001 befindet sich Deutschland zum ersten mal nach 1945 weltweit im Krieg. Das ist deutsche Großmachtspolitik.

Nach dem Attentat in New York, das noch immer nicht aufgeklärt ist, beteiligt sich Deutschland an der „Operation enduring freedom“ OEF (Operation immer währende Freiheit), den von den USA weltweit geführten sog. „Krieg gegen den Terror“. Z.B. ist die Bundesmarine am Horn von Afrika im Einsatz und die Bundeswehr in Afghanistan. OEF liegt keinem UN-Mandat zugrunde – dieser Krieg ist völkerrechtswidrig.

Zum Dritten mal beteiligt sich die Bundeswehr an einem völkerrechtswidrigen Krieg - 1999 gegen Jugoslawien, 2003 mit der logistischen Unterstützung der US-Army in Deutschland gegen den Irak und jetzt in Afghanistan.

Es ist empörend, dass die Parteitage der SPD und CDU die weitere Beteiligung deutscher Truppen in Afghanistan beschlossen haben. Sie meinen, das Völkerrecht nach ihren Vorstellungen ändern zu können.

Der 14. internationale Friedensratschlag am 1./2.12. in Kassel

„Auslandseinsätze beenden – Für Frieden in Afghanistan“

Prof. Norman Paech, Völkerrechtler aus Hamburg, und unser afghanischer Friedensfreund Dr. Martin Baraki, Uni Marburg, haben in Kassel über die katastrophalen Auswirkungen des Krieges berichtet. Sechs Jahre Krieg haben keinen Fortschritt gebracht sondern das Gegenteil. Die einzige wirkliche Einnahmequelle für die Bevölkerung ist der Opiumanbau.

Durch die völlige Abhängigkeit der Regierung von westlichen Staaten hat Afghanistan seine Souveränität eingebüßt.

Die von der UN eingesetzte Truppe (ISAF), die die Regierung schützen soll, beteiligt sich an Bombardements in Afghanistan und verschmilzt mit OEF. Deutsche Tornados liefern die Bilder und damit die Bombenziele. Die Trennung ISAF von OEF steht nur auf dem Papier und soll der deutschen Bevölkerung sug-

gerieren, dass Deutschland in Afghanistan keinen Krieg führt.

Armut, Kriegsversehrte, ca. 65% Arbeitslosigkeit, Gewalt, ca. 90% Analphabetentum, Familien ohne Ernährer usw. kennzeichnen die Lage in dem Land.

Mittlerweile formiert sich ein „Volkswiderstand“, d.h. Bevölkerung, Talibans, Kämpfer der verschiedenen Warlords tun sich zusammen, um die ausländischen Truppen zu vertreiben. Tagsüber sind sie z.B. Bauern – nachts Kämpfer.

Dr. Baraki meint, nur wenn Afghanistan die volle Souveränität zurückerhält, die Besatzungstruppen das Land verlassen, Neuwahlen ohne Einfluss von Außen stattfinden und dann eine starke finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau vom Ausland erfolgt, könnte das Land beginnen sich friedlich zu entwickeln.

„2008 Bundeswehr raus aus Afghanistan“

Wie bereits 2007 mit der Demonstration am 15.9. in Berlin, unterstützt die VVN-BdA diese Kampagne der Friedensbewegung.

Militarisierung der Außenpolitik führt zur Militarisierung im Innern

Der verfassungswidrige Bundeswehreinsatz in Heiligendamm hat 2007 einen weiteren Schritt zur Legitimierung der inneren Militarisierung dargestellt. Mit der zunehmenden Anti-Terror-Hy-

sterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt.

Darin sehen wir eine flankierende Maßnahme zur Durchsetzung deutscher Großmachtpolitik - einer expansiven Außenpolitik mit weltweit militärischen Interventionen, die von der Bevölkerungsmehrheit nicht unterstützt wird.

Hier wird sich die VVN-BdA auch nächstes Jahr wieder aktiv an den Initiativen gegen Demokratieabbau in Deutschland beteiligen.

Wir haben folgende Referate auf DVD aufgenommen:

Dr. Peter Strutynski „Antiterrorkrieg, die Grundtorheit des 21. Jahrhunderts“,

Prof. Norman Paech, „Strategiewechsel in Afghanistan“

Dr. Martin Baraki „Afghanistan geostategischer Interessen“

Prof. Jörg Hufschmidt „Die Aggressivität der Finanzmärkte und ihre Bedeutung für die Militarisierung internationaler Beziehungen“

Es sind leicht verständliche Referate, die gut geeignet sind, zur Vorführung auf Gruppenabenden.

Pro DVD 2,50 Euro plus 0,85 Euro Porto zum Selbstkostenpreis

Die „Friedenspolitischen Schwerpunkte 2008“, die auch unter Mitarbeit der VVN-BdA für den Friedensratschlag in Kassel entworfen wurden, und Ulli Sanders (VVN-BdA) Referat zur Militarisierung im Innern könnt Ihr bei uns abrufen.

Lore und Bernd Meimberg



Erfolgreiche Demonstration in Neumünster

Mit dem großen Transparent „NAZIS STOPPEN“ an der Spitze setzten sich am 24. November gut 500 Teilnehmer einer Demonstration vom Bahnhof Neumünster aus in Bewegung. „Das Wetter war toll, die Stimmung auch“, fasste ein Demonstrant die Aktion zusammen. Fahnen von ver.di und VVN-BdA, viele selbst gemalte Plakate und Schilder gaben dem Zug ein eigenes Gesicht. Mit dem Ausspruch „Ihr seid eine Schande für Deutschland“, protestierte ein Ehepaar gegen die Neonazis, die in Neumünster seit 11 Jahren vom Club 88 und der Kneipe Titanic aus ihre faschistische Propaganda und Ideologie verbreiten. Und so lautete



die Forderung der Antifaschisten denn auch: Schließung der beiden Treffpunkte. Dr. Christof Ostheimer betonte in einem Leserbrief an den „Holsteiner Courier“ u.a.: „...Ich erinnere daran: Club 88 bedeutet in der Neonazi-Sprache „Club Heil Hitler“. Hier werden verfassungswidrige Texte öffentlich vorgetragen und gegrölt. Von hier sind es nur wenige Schritte zum Schulhof der Gadelander Schule. Uns besorgten Eltern ist bekannt, welche CDs von der NPD und ihren „Freien Kameradschaften“ auf Schulhöfen und an Jugendliche verteilt werden....“

Die Neonazis kamen nicht weit. Etlliche Teilnehmer der Antifa-Demonstration setzten sich zur Blockade auf die Straße, um gegen den Beginn der Nazi-Demo zu protestieren. „Nennen sie mir den Paragraphen, der es mir verbietet, hier zu stehen“, antwortete Torsten Döring, der stellvertretende Flüchtlingsbeauftragte des Landes S-

H., als die Polizei ihn zum Verlassen der Straße aufforderte. Er und die anderen Protestierer blieben sitzen. Auch auf dem Sachsenring war es gelungen, eine Sitzblockade zu errichten, um den Neonazis den Weg abzuschneiden. Und das gelang. Die Polizei kürzte die Route deutlich und führte die Nazis zurück auf den Rudolf-Weissmann-Platz.



Fazit: Die Demonstration war erfolgreich. Der Meinung „Wir dürfen den Nazis nicht die Straße überlassen“, schließen sich immer mehr Menschen an. Unsere Vernetzung muss weitergehen, und unsere Argumentation gegen die faschistischen Parolen wurde durch die Kampagne „NPD-Verbot - jetzt“ in weite Kreise getragen.

Der Aufruf zur Demonstration wurde vom Bündnis gegen Rechts, der Gewerkschaft ver.di, Vertretern von Parteien, der VVN-BdA, der Kirche und der autonomen antifa getragen.

Nordkonferenz 2008

Antifaschistischer u. friedenspolitischer Ratschlag der VVN-BdA im Norden

Es ist wieder so weit! Das Programm zur Nordkonferenz vom 15. bis 17. Februar 2008 ist wieder gespickt mit außergewöhnlichen Beiträgen:

Am Samstag mit Dr. Fabian Virchow, Uni Marburg, über „Die Militärpolitik der NPD“ und daran anschließend mit Bernd Meimberg über die Kampagne „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ und mit Prof. Dr. Kurt Pätzold aus Berlin, „Entstehung von Faschismus“.

Am Sonntag geht es weiter mit Wolfram Siede, VVN-BdA Hamburg, „Soziale Misere und Neofaschismus“

und den jährliche Austausch über die Entwicklung des Neofaschismus in den Nord- Bundesländern und, besonders wichtig, die Entwicklung der antifaschistischen Bewegung.

Die Nordkonferenz findet seit vielen Jahren statt. Kameradinnen und Kameraden und zahlreiche Gäste aus Schleswig-Holstein, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Krs. Unterelbe treffen sich hier. Es geht darum sich fortzubilden, über die Entwicklung in ihren Bundesländern auszutauschen, Verabredungen zu treffen über evtl. gemeinsame Aktivitäten und einmal gemeinsam schöne Stunden mit Freundinnen und Freunden aus anderen Bundesländern zu genießen.

Vorbereitet wird die Konferenz von der Neofaschismuskommision Küste. In Ihr arbeiten KameradInnen und Freunde aus den o.a. Bundesländern

zum Thema Neofaschismus in Norddeutschland.

Die Nordkonferenz findet vom 15. bis 17.2.2008 im Ferienheim der VVN-BdA in Heideruh, 21244 Buchholz/Nordheide Ortsteil Seppensen, statt. Bahnstation Buchholz mit Abholservice.

Kosten von Freitagabend bis Sonntagmittag E. 85,- Samstagmittag bis Sonntagmittag E. 56,- nur Samstag E. 18,- *Anmeldung* bei dem jeweiligen Landesverband. Für S-H bei Lore u. Bernd Meimberg Tel. 04543/7107 oder Email LoBeMeimberg@t-online.de

Wir bitten dringend um Spenden, damit auch wenig betuchte, hauptsächlich jüngere, an der Konferenz teilnehmen können.

*Lore und Bernd Meimberg
Neofaschismuskommision Küste
(www.kueste.vvn-bda)*

Kiel. Carl-Peters-Straße umbenannt.

Endlich ist es geschafft: die seit Sommer 2006 angestoßene Diskussion, die Carl-Peters-Straße umzubenennen, hatte Erfolg. Ab Sommer 2008 werden die Straßenschilder den Namen Albert-Schweizer-Weg tragen. Schon lange gab es in der Kieler Ratsversammlung, im Ortsbeirat und in gesellschaftlichen Gremien das Verlangen, den Namen Carl Peters vom Straßenbild zu tilgen.

Peters war ein Kolonialpolitiker in Ostafrika, der eigenmächtig Todesurteile gegen die schwarze Bevölkerung vollzog, die er als Untermenschen ansah, was ihm damals den Namen „Hänge-Peters“ einbrachte. In Afrika wurde er „Mkono-wa-damu“ genannt: „der Mann mit den blutigen Händen“.

Eine Umbenennung hatte der Ortsbeirat schon vor Jahren beschlossen, doch damals scheiterte der Antrag an der ablehnenden Haltung der Anwohner. Dass der neue Name im so genannten Afrikaviertel einen Bezug zum Kontinent haben sollte, stand für alle außer Frage. Der mehrheitlich vom Ortsbeirat vorgeschlagene Name Nelson Mandela fand keine Zustimmung, so dass es schließlich beim Albert-Schweizer-Weg blieb.

Termine

26.1. Gedenkfeier in Wedel mit Angehörigen der Opfer des KZ-Außenlagers Wedel. Treffpunkt: 12 Uhr Friedhofskapelle Breiter Weg

12.1. Antifaschistisches Jugendtreffen der VVN-BdA ab 14 Uhr Statthaus Böcklerpark, Prinzenstraße 1, Berlin.

28.1. um 19 Uhr. Diskussionsveranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten der Linken und VVN-Kameradin Ulla Jelpke im DGB-Haus Holstentorplatz in Lübeck. Veranstalter: VVN-BdA Lübeck, Avanti, Ver.di

7.2. 19.30 Uhr Veranstaltung der Initiative „Keine Nazis in die Parlamente“ mit Andreas Speit im VfL-Heim Pinneberg

16./17. 2. Nordkonferenz (s. Seite 7)

23.2. ab 15 Uhr Geburtstagsfeier für Fritz Bringmann, DGB-Haus, Neumünster, Carlstr.7

8.3. Landesvorstand der VVN-BdA, offen für alle Mitglieder, 13 Uhr DGB-Haus Carlstr.7 in Neumünster

29.3. um 10 Uhr Demo gegen Naziaufmarsch in Lübeck (Näheres Tel. 04543-7107)

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Marianne Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [mariannewilke@web.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Siegfried Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [snieswandt@wt.net.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [Hartmut.buechsel@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckerweg 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Küstringer Str. 7, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

Neofakommission Küste
[www.kueste.vvn-bda.de]

Vi.S.d.P: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040-43188820

Einladung

**Wir feiern den 90. Geburtstag
unseres Kameraden Fritz Bringmann**

am 23. Februar 2008 ab 15 Uhr

im DGB-Haus Carlstraße 7 in Neumünster

Alle Kameraden und Freunde sind herzlich willkommen

(Bitte Antwort an Marianne Wilke, Tel. 04103-3486 oder Wiltrud/Manfred Fackel, Tel. 04321-71378)

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name:
- Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von Euro*.
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.



Adresse:

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr.9, 24118 Kiel, Telefon: 0431-569353, Fax.: 0431-735046, E-Mail: vvn-bda-kiel@gmx.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., Norderstedter Bank EG, BLZ 200 69111, KNR 42 28 00